

Defending Human Rights Defenders



KURVE
Wustrow

Bildungs- und Begegnungsstätte
für gewaltfreie Aktion e.V.

Aktuelle Lage in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten

Stand September 2023

Policy Brief

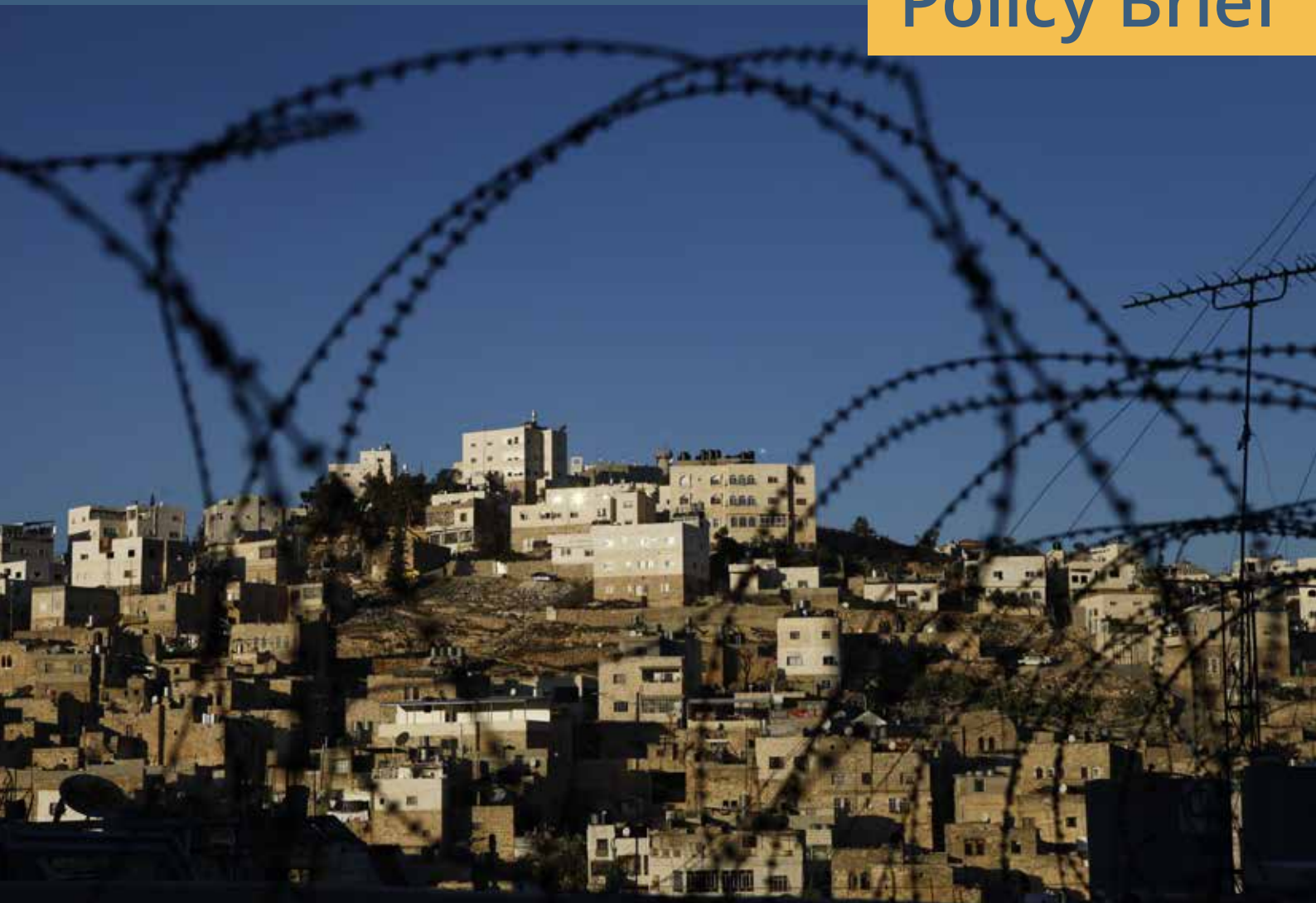


Foto: Timo Vogt

Aktuelle Lage in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten

Stand September 2023

Gegenwärtig ist Israel mit seiner bisher rechtsradikalsten Regierung konfrontiert. Diese Regierung stützt sich auf zwei Parteien („Religiöser Zionismus“ und „Jüdische Stärke“), die das Ziel verfolgen, das besetzte Westjordanland faktisch zu annektieren und die politischen Rechte der palästinensischen Bürger*innen Israels einzuschränken. Während deutsche Medien ausführlich über die geplante Justizreform und die landesweite Protestbewegung in Israel berichtet haben, fanden die Bemühungen der Regierung zur Annexion und die fortwährende Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich vor Ort gegen diese Entwicklungen zur Wehr setzen, kaum Beachtung. Dabei sind diese Entwicklungen eng miteinander verknüpft. Die Umsetzung der Justizreform und die Schwächung der Gewaltenteilung sind mit der Strategie der Annexion von Teilen des Westjordanlandes verbunden und würden diese erleichtern. Die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen spielt hierbei eine entscheidende Rolle, da diese lautstark Widerstand leisten und öffentliche Aufmerksamkeit schaffen.

Die israelische Regierung hat bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die auf einen tiefgreifenden politischen Wandel in den besetzten palästinensischen Gebieten hindeuten:

Zitat des heutigen Finanzministers Smotrich:

» *Es erfordert die Anwendung der vollen israelischen Souveränität auf die Kerngebiete von Judäa und Samaria und die Beendigung des Konflikts durch den Bau neuer Städte und Siedlungen tief im Inneren des Gebiets sowie durch die Ansiedlung von Hunderttausenden zusätzlicher Siedler.* «

(Smotrich, Israel's Decisive Plan, 2017).

- **Verschiebung der Souveränität**

Finanzminister Smotrich wurde die Aufsicht über COGAT übertragen, die bisher unter militärischer Kontrolle stehende Zivilverwaltung im besetzten Westjordanland. Diese Übertragung markiert einen bedeutsamen Meilenstein in der de-facto-Annexion. Sie bewirkt, dass die militärische Einheit der Zivilverwaltung nun direkt der israelischen Regierung unterstellt wird und nicht länger dem besetzenden militärischem Kommando unterliegt.

- **Siedler*innengewalt und Legalisierung von Siedlungsaußenposten**

In den letzten Monaten hat die Gewalt durch Siedler*innen deutlich zugenommen. Es kommt täglich zu Angriffen auf palästinensisches Eigentum, mitunter sogar zu schweren Überfällen. Dabei werden Häuser in Brand gesetzt und Palästinenser*innen angegriffen, zum Teil tödlich verletzt. Besonders stark betroffen sind jene Palästinenser*innen, die in der Nähe von Siedlungen leben. Die Angriffe zielen darauf ab, Palästinenser*innen zu vertreiben. Erst kürzlich hat die israelische Regierung mehrere bisher illegale Siedlungsaußenposten legalisiert und damit das Handeln der Siedler*innen legitimiert. Palästinenser*innen haben kaum Möglichkeiten, sich gegen diese Angriffe zu wehren. Obwohl die israelische Armee laut Internationalem Recht für den Schutz der unter Besatzung lebenden Palästinenser*innen verantwortlich ist, zeigt sie wenig Interesse daran, Verbrechen von Siedler*innen zu verfolgen. Eine Studie der Organisation „Yesh Din“, die Daten von 2005 bis 2022 analysierte, ergab, dass 93 % aller diesbezüglichen Ermittlungsverfahren ohne Anklageerhebung eingestellt wurden (<https://www.yesh-din.org/en/data-sheet-december-2022-law-enforcement-on-israeli-civilians-in-the-west-bank-settler-violence-2005-2022/>).

- **Beschleunigung des Siedlungsbaus**

Die aktive Strategie der israelischen Regierung, weitere 10.000 Wohneinheiten im Westjordanland zu bauen, unterstreicht ihre Bestrebung, die Kontrolle über die Region zu festigen und die Präsenz der Siedler*innengemeinschaften zu verstärken. Vor einigen Wochen wurde das Genehmigungsverfahren für den Siedlungsbau vereinfacht und untersteht nun dem Finanzminister Smotrich. Dieser verfolgt den Plan, die Zahl der Siedler*innen auf eine Million zu verdoppeln, immer mehr Palästinenser*innen aus Area C des Westjordanlandes droht die Vertreibung.

*Die angestrebte Justizreform zielt auf die faktische Annexion von Area C und des restlichen Westjordanlandes ab. Palästinensische, israelische und internationale Menschenrechtsverteidiger*innen und -organisationen kämpfen vor Ort gegen dieses Vorgehen.*

*Ihre Bemühungen werden jedoch mehr denn je behindert und kriminalisiert. Daher braucht es mehr denn je die Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen – auch, um die Justizreform im Kern zu verhindern.*

Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger*innen

Im besetzten Westjordanland

- **Versammlungsverbot**

Palästinenser*innen im Westjordanland werden daran gehindert, ihr Recht auf friedliche Versammlung auszuüben. Dies geschieht durch die Anwendung der israelischen Militärverordnung 101, die eine Genehmigung für Versammlungen von mehr als zehn Personen zu politischen Zwecken vorschreibt. Diese Regelung zwingt die Bewohner*innen im Wesentlichen dazu, eine Genehmigung von der Besatzungsmacht einzuholen, um gegen die Besatzung zu protestieren.

- **Militärgerichtsverfahren**

Palästinensische Bewohner*innen des Westjordanlands sind der israelischen Militärgerichtsbarkeit unterstellt. Zwischen 2018 und April 2021 endeten 96 Prozent der Fälle vor israelischen Militärgerichten mit einer Verurteilung. Die Militärgerichte stehen seit vielen Jahren in der Kritik, da sie intransparent sind und der Vorwurf im Raum steht, dass die Besatzungsmacht keinen unabhängigen Blick auf die Angeklagten – die Besetzten – werfen kann. Dies erkläre auch die hohe Verurteilungsrate. Palästinensische Menschenrechtsverteidiger*innen werden oft gezielt angeklagt und so systematisch in ihrem Aktivismus behindert.

In Israel

- **Unterdrückung von Solidaritätsbemühungen in Ost-Jerusalem**

Dutzende israelische Aktivist*innen wurden festgenommen und mit vorübergehenden Aufenthaltsverboten Ost-Jerusalems belegt, weil sie friedlich gegen die Vertreibung palästinensischer Familien zugunsten jüdisch-israelischer Siedlungen in palästinensischen Vierteln protestiert hatten.

- **Palästinensische Flagge**

In den vergangenen Monaten haben die israelischen Behörden Schritte unternommen, um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einzuschränken, insbesondere gegenüber Menschenrechtsverteidiger*innen, die palästinensische Flaggen schwenken. Obwohl das Zeigen der palästinensischen Flagge bei Demonstrationen nach israelischem Recht nicht strafbar ist, kam es in zahlreichen Fällen zu Beschlagnahmungen von Flaggen und Verhaftungen.

Geplante Gesetzgebung bedroht Menschenrechtsorganisationen

Die israelische Regierung unternimmt weitere legislative Maßnahmen, um die Arbeit von Menschenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu behindern, insbesondere solchen, die sich gegen die Besatzung engagieren. Mehrere vorgeschlagene Gesetzesvorhaben stellen eine ernsthafte Gefahr für ihre Arbeit dar:

- 1. Ein Steuergesetz, das bis zu 65 % Steuern auf staatlich finanzierte, ausländische Spenden für Menschenrechtsorganisationen einführen würde. Dies hätte zur Folge, dass ihre Handlungsfähigkeit erheblich eingeschränkt wird.**
- 2. Ein Gesetz, das darauf abzielt, Menschenrechtsverteidiger*innen daran zu hindern, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten, was ihre Möglichkeiten einschränken würde, Gerechtigkeit und Rechenschaft für Menschenrechtsverletzungen einzufordern.**
- 3. Ein Gesetz, das das Fotografieren von Soldat*innen im Einsatz untersagt, was die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen erschweren würde.**

*Sollten diese Gesetzesentwürfe angenommen werden, würde dies die Aktivitäten von Menschenrechtsorganisationen stark einschränken und ihre essentielle Rolle bei der Förderung von Gerechtigkeit, Rechenschaftspflicht und dem Schutz der Menschenrechte in Israel und im Westjordanland untergraben. Diese Vorschläge stellen eine ernsthafte Bedrohung für bürgerliche Freiheiten und die gesamte Menschenrechtslandschaft in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten dar, indem sie praktisch sämtliche Aktivitäten von Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich gegen die Besatzung einsetzen, kriminalisieren.*

Unsere Forderungen

Unterstützen Sie Menschenrechtsverteidiger*innen

- *Thematisieren Sie die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Gesprächen mit israelischen Partner*innen.*
- *Schreiben Sie an das Militärgericht, die israelische Botschaft und andere Kontakte in Israel während eines Prozesses gegen eine*n Menschenrechtsverteidiger*in. Aufmerksamkeit aus dem Ausland führt dazu, dass Verfahren erfahrungsgemäß weniger drastisch oder zugunsten der Menschenrechtsverteidiger*innen entschieden werden.*
- *Übernehmen Sie eine parlamentarische Patenschaft für eine*n der von uns unterstützten Menschenrechtsverteidiger*innen und unterstützen Sie so diese wichtige Arbeit.*

Der Fall von Sami Huraini

Sami Huraini stammt aus At-Tuwani, einem kleinen Dorf südlich von Hebron. Er ist einer der Gründer*innen der Aktivistengruppe „Youth of Sumud“ (YOS). YOS besteht seit 2017 und wehrt sich gewaltfrei gegen militärische Angriffe, Siedler*innengewalt und Landraub. YOS organisiert Demonstrationen, begleitet Schulkinder und Hirten, die täglich von Siedler*innen angegriffen werden. Wegen ihrer Aktivitäten ist YOS längst ins Visier des Militärs geraten. Im Januar 2021 wurde Sami Huraini verhaftet, nachdem er friedlich gegen die Erschießung von Haroun Abu Aram protestiert hatte. Abu Aram war eine Woche zuvor von israelischen Streitkräften in den Hals geschossen worden, als diese einen Stromgenerator beschlagnahmten.

Sami Huraini wurde beschuldigt, einen Soldaten angegriffen, einen Soldaten bei der Arbeit behindert und ohne Erlaubnis ein militärisches Sperrgebiet betreten zu haben. Am 22. August 2023 wurde er vom Militärgericht für schuldig befunden, obwohl zahlreiche Zeugenaussagen das Gegenteil bewiesen. Das Strafmaß soll am 30. Oktober 2023 verkündet werden. Human Rights Defenders Fund (HRDF) vertritt Sami Huraini in seinem Verfahren vor dem Militärgericht.

Sami Huraini: *„Wir sind zahlreichen Schikanen und Angriffen durch israelische Soldat*innen und israelischen Siedler*innen ausgesetzt. Wir werden verhaftet, weil wir Demonstrationen organisieren, weil wir uns in einer militärischen Sperrzone aufhalten, weil wir mit Hirten zusammen sind, weil wir mit Kindern zusammen sind [um sie zu schützen], für alles, was wir tun.“* (Quelle: Voices of Human Rights Defenders HRDF, 2022)



Foto: Luna Vieira



HRDF ist Preisträger des Aachener Friedenspreises 2023

Human Rights Defenders Fund bietet gefährdeten Menschenrechtsverteidiger*innen (MRV) in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten seit 2011 umfassenden Schutz vor Verfolgung und Einschüchterung. Unter dem Motto „Die Verteidiger*innen verteidigen“ bieten sie den MRV vor allem Rechtshilfe, um ihre Arbeit fortzusetzen und Angriffe durch staatliche Behörden und außerparlamentarische Gruppen abzuwehren. Die Erfolgsrate in der Verteidigung von MRVs betrug 2022 96 % und schützte diese damit effektiv vor politisch motivierten Strafen und Verhaftungen.

Kontakt:

Dr. Omri Metzger (Geschäftsführer): omri@hrdf.org.il

Arielle Gordon (Verantwortliche für Advocacy und Zusammenarbeit): arielle@hrdf.org.il

Die KURVE Wustrow – Bildungs und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V. engagiert sich seit 1980 für eine gewaltfrei geprägte Welt im ökologischen und sozialen Gleichgewicht. Um diesem Ziel näher zu kommen, führen wir Seminare, Trainings und Veranstaltungen zu ziviler, gewaltfreier Konfliktbearbeitung im In- und Ausland durch. Seit 1999 ist die KURVE Wustrow Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes. Weltweit arbeiten Friedensfachkräfte zusammen mit Partnerorganisationen in Krisen und Konfliktregionen an zivilen Lösungen von Konflikten und sind damit eine Alternative zum Militär.



Kontakt:

KURVE Wustrow

jpreuss@kurviewustrow.org | Referent für Friedensfragen Palästina/Israel

Tel: +49 (0) 58 43 98 71 0 // www.kurviewustrow.org

Die KURVE Wustrow unterstützt die israelische Organisation „Human Rights Defenders Fund“ im Rahmen einer Partnerschaft im Zivilen Friedensdienst, gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.